

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 80 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

Georg Scheuer erinnert an den 11. März 1938 und die Folgen: Österreichs Auslieferung. (Teil I)

Seite 1

Herbert Schmalstieg zum Verhältnis von Stadt und Umwelt: Gefährdungspotentiale müssen frühzeitig erkannt werden.

Seite 4

Dr. Dietrich Sparling MdB setzt sich mit Aussagen Bonner Staatssekretäre über wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auseinander: Sprache und Denken.

Seite 6

43. Jahrgang / 49

11. März 1988

Österreichs Auslieferung (Teil I)

Erinnerungen an den 11. März 1938 und die Folgen

Von Georg Scheuer \*

Der plötzliche Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Kurt Schuschnigg bei Reichskanzler und „Führer“ Adolf Hitler am 12. Februar 1938 in Berchtesgaden erfüllte uns im „roten“ Trakt des Zuchthaus Stein/Donau mit Sorge, im „braunen“ Trakt hingegen jubelten die nationalsozialistischen Häftlinge. Einige Tage darauf wurden wir alle im Zug einer politischen Generalamnestie entlassen. Seit November 1936 war ich, damals noch nicht 21, wie viele andere meiner Generation damals wegen Herstellung und Verbreitung antifaschistischer Flugschriften zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt worden. Nun kehrte ich, etwas betäubt von der langen Haft und der jähen Wendung nach Wien zurück. Es folgten in ganz Österreich einige Wochen ungewöhnlicher politischer Agitation. Schuschnigg hatte für den 13. März eine „Volksbefragung“ anberaumt.

Damit entstand der Eindruck, es würde noch längere Fristen und Möglichkeiten eines antifaschistischen Widerstandes geben. Am Nachmittag des 11. März fuhr ich „für zehn Tage“ mit dem Autobus Wien-Znaim nach Südmähren, um mich im Geburtsort meiner Großeltern etwas zu erholen und andererseits in einem demokratischen Land wieder möglichst unzensurierte politische Informationen zu bekommen. Ich wurde nur mit Mühe über die Grenze gelassen. Während meiner Autobusfahrt war Schuschnigg nämlich in den Abendstunden plötzlich zurückgetreten und hatte dem österreichischen Bundesheer Befehl gegeben, die Stellungen an der deutschen Grenze zu räumen, um ab 12. März einen reibungslosen Einmarsch der Hitler-Wehrmacht zu gewährleisten. Das erfuhr ich allerdings erst nach meiner Ankunft in Znaim.

In den folgenden Wochen, Monaten und Jahren hatte ich reichlich Gelegenheit, die Folgen der widerstandslosen Kapitulation des damaligen Regimes vor der Invasion der Hitler-Truppen nicht nur zu erleben, sondern auch Ursachen und Zusammenhänge zu begreifen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2—10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vervielfältigung  
mit maximaler Publikation  
Rechtliche Pflicht



Österreich wurde am Abend des 11. März 1938 vom amtierenden Bundeskanzler Kurt Schuschnigg mit einer Phrase ausgeliefert und liquidiert: „Gott schütze Österreich.“ War dies notwendig oder unvermeidlich? Keineswegs. Schuschnigg selbst bekennt, er hätte ohne weiteres den sofortigen Widerstand des Bundesheeres und der Arbeiterschaft gegen die drohende Invasion veranlassen können, allerdings hätte er die 1933/34 abgeschafften demokratischen Freiheitsrechte mindestens zum Teil wieder herstellen und den Arbeitern etwas Bewegungsfreiheit zugestehen müssen. Das wollte er um keinen Preis. So erklärte er 1947 als Zeuge im Hochverratsprozeß gegen seinen früheren Außenminister Guido Schmidt: „Unsere kleine Wehrmacht war moralisch ausgezeichnet, hätte zweifellos ihre Pflicht getan und alles erfüllt, was man vernünftigerweise von ihr erwarten konnte.“

Weiter: „Es wäre zweifellos gelungen, zumal in Wien und auf dem flachen Land, den Willen zum Widerstand in der Bevölkerung zu mobilisieren. Wie ich glaube, sogar mit großer Begeisterung.“ Ferner: „Ich bin überzeugt, daß in diesem Augenblick für den Fall des Aufrufs zum Widerstand nicht nur die Angehörigen der Vaterländischen Front, einschließlich der Sozialdemokraten, sondern auch die revolutionären Sozialisten und Kommunisten sich an dem aktiven Widerstand beteiligt hätten.“

Schließlich: „Ich erinnere mich, daß der Zeuge Schmitz mit mir über die Organisation des Widerstandes, insbesondere in den Wiener Betrieben, durch Aufstellung und Bewaffnung von Betriebsmilizen sprach. Ich bin auch überzeugt davon, daß dieser Plan durchführbar und meines Wissens organisatorisch in die Wege geleitet war.“ Indes, eben diese Pläne durften nicht in die Tat umgesetzt werden, denn sie widersprachen dem Gesetz, nach dem das Schuschnigg-Regime vier Jahre vorher angetreten war.

Österreichs konservative Partei hatte in den 30er Jahren zwei folgenschwere Großtaten gesetzt; erstens die zielbewußte Vernichtung der 1918 proklamierten Ersten Republik und ihre Ersetzung 1933/34 durch das austrofaschistische Diktaturregime („Ständestaat“), zweitens die Liquidierung der österreichischen Eigenstaatlichkeit im März 1938 durch Öffnung der Grenzen und widerstandslose Kapitulation vor dem Einmarsch der Hitlertruppen. Die beiden Zerstörungswerke stehen miteinander in direktem Zusammenhang.

Die Termini „Faschismus“ und „Austrofaschismus“ stehen hier nicht als „Verunglimpfung“, sondern ihrem korrekten historischen Inhalt und dem ausdrücklichen Selbstverständnis Dollfuß, Starhemberts und Schuschniggs entsprechend. Das ursprünglich italienische Phänomen „Faschismus“ fand in den 20er und 30er Jahren in Mitteleuropa zunehmend Anklang und Nachahmung. Hitler errichtete seine Diktatur in Deutschland unter dem Hakenkreuz, Dollfuß in Österreich unter dem Kruckenkreuz; das faschistische Prinzip wurde in verschiedenen Formen, aber mit grundsätzlich gleichen historischen Hauptzielsetzungen realisiert: Beseitigung der parlamentarischen Demokratie, Errichtung „autoritärer“ Regime. Das Adjektiv „autoritär“ war im damaligen Politjargon Synonym für faschistisch. So galten als „autoritäre“ Staaten insbesondere Hitler-Deutschland, Mussolini-Italien und Österreich unter Dollfuß und Schuschnigg.

Schuschniggs Vizekanzler Starhemberg war einer der markantesten Köpfe des Austrofaschismus und personifizierte zugleich infolge seiner vergangenen Aktivität im Münchener Hofbräuputsch, im Freikorps „Oberland“ und in den oberschlesischen „Abwehrkämpfen“, sowie durch seine engen persönlichen und politischen Beziehungen zu Hitler und Mussolini das Zusammenspiel der faschistischen Bewegungen in Deutschland, Italien und Österreich. Starhemberts Begeisterung für Hitler seit den frühen 20er Jahren hatte auch in den 30er Jahren, trotz Differenzen und Gegensätzen, nicht nachgelassen. So bekannte er in seinen 1938 im Exil geschriebenen Memoiren: „Mein Denken und meine weltanschaulichen und politischen Ansichten wurden von ihm entscheidend beeinflusst. Nie zuvor und auch niemals später hat irgendjemand nachhaltigeren persönlichen Eindruck gemacht.“ Starhemberg unterstrich als Vizekanzler des austrofaschistischen Regimes die Notwendig-

keit einer „Einheitsfront der autoritären Staaten“ gegen „Bolschewismus“ und „jüdische Demokratie“. Er drängte auf engere Zusammenarbeit der „drei Regime“ (Hitler, Mussolini, Schuschnigg).

Das gemeinsame Bekenntnis zu „autoritären“ Grundsätzen schloß jedoch Rivalitäten nicht aus. Vor 1935/36 gab es zwischen Hitler und Mussolini sogar ernste Spannungen gerade in der Abgrenzung der Einflußsphären rund um Österreich. Eine Folge davon waren Auseinandersetzungen zwischen faschistischen Fraktionen in Österreich; unter diesen Vorzeichen erfolgte am 25. Juli 1934 der nationalsozialistische Putschversuch und die Ermordung Dollfuß'. Innerhalb der VF tobten Cliquenkämpfe zwischen mehr nach Berlin oder Rom ausgerichteten Tendenzen. Andererseits gab es innerhalb der österreichischen NSDAP ein Tauziehen zwischen „Illegalen“ und „Legalisten“. Unberührt davon blieb die grundsätzliche Übereinstimmung zwischen Austrofaschisten und Nationalsozialisten aller Schattierungen für den Triumph der „neuen Ära“. Die Bezeichnung „autoritär“ war direkt dem italienisch-faschistischen Vokabular entnommen und war auch Bestandteil der NS-Ideologie. Auf der gleichen Linie lag die Kampfansage an den sogenannten „Marxismus“ - Synonym für Arbeiterbewegung -, das Verbot der Freien Gewerkschaften und ihre Ersetzung durch staatlich gegängelte Zwangsorganisationen, die Errichtung von Zwangslagern, in welchen Menschen ohne Gerichtsverfahren, aufgrund polizeilicher Verfügung für unbestimmte Zeit und unter Ausschaltung aller Rechtswege festgehalten werden konnten.

Zwischen den „autoritären“ Regimen in Berlin, Rom und Wien gab es taktische Differenzen und Rivalitäten: Sie waren sich jedoch einig in entscheidenden Grundsetzfragen: endgültige Abkehr von demokratischen Zuständen, Abschaffung der Freiheitsrechte, gewaltsame Niederwerfung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, „Volksgemeinschaft“, Militarismus, Diktatur. Aufbruch zu dem zuerst vom italienischen Faschismus angekündigten „neuen Zeitalter“ in Europa.

Der Austrofaschismus durchlief zwei Etappen. Bis 1935/36 stand er vorwiegend unter Mussolinis Protektorat. Nach Abschluß des „Achsenpaktes“ zwischen Berlin und Rom veränderten sich die Einflußsphären in Mitteleuropa. Hitler und Schuschnigg einigten sich im Juli 1936 auf ein Abkommen, in welchem der austrofaschistische Bundeskanzler wichtige Zugeständnisse machte: Schlüsselpositionen für sogenannte „national-betonte“ österreichische Politiker, die auf halbem Weg zwischen Wien und Berlin als maßgebliche Minister der Schuschnigg-Regierung und gleichzeitig als direkte Instrumente Hitlers fungierten. Sie kamen aus dem „katholisch-nationalen“ Lager und vertraten ein Gemisch von austrofaschistischen und nationalsozialistischen Gedankengängen. Die Welchen zum Anschluß des „autoritären“ Schuschnigg-Österreich an das nicht minder „autoritäre“ Hitler-Deutschland wurden gestellt. (-/11.3.1988/rs/ks)

\* \* \*

(Teil II und Schluß veröffentlichen wir in unserer Ausgabe am 14. März 1988).

\* Der österreichische Journalist und Publizist Georg Scheuer lebt heute in Paris. Er arbeitet für deutschsprachige Zeitungen.

### Die Stadt und die Umwelt

Gefährdungspotentiale müssen frühzeitig erkannt werden

Von Herbert Schmalstieg  
Oberbürgermeister von Hannover  
Präsident des Deutschen Städtetages

Fragen der Umweltvorsorge, Umweltfürsorge und Umweltplanung werden immer mehr zum Handlungsfeld, gerade auch auf der kommunalen Ebene, sowohl im politischen Bereich als auch innerhalb der Verwaltung.

Umweltpolitik ist heute häufig in den Städten noch ausschließlich Reaktion auf die Umweltsünden der Vergangenheit.

Es gibt wohl keine Stadt in der Bundesrepublik, in der nicht immer wieder in kürzeren oder längeren Zeitabständen sogenannte Altlasten entdeckt, Grundwasser- oder Bodenverschmutzungen festgestellt werden.

Auch wenn diese „Umweltskandale“ nicht immer gleich mit einer direkten Gefährdung der Menschen verbunden sind, als Beispiel nenne ich die durch die Presseberichterstattung bekanntgewordene Bebauung alter Mülldeponien mit Wohnhäusern, langfristig werden diese Altlasten, die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen negativ beeinflussen.

Denn: Umweltbelastungen sind mehr als „aufgenommene und zurückzuzahlende Hypotheken“.

Die Schäden, die sie hervorrufen und die Kosten, die ihre Beseitigung erfordert, liegen volkswirtschaftlich gerechnet in der Regel zehnfach höher als die Aufwendungen an Investitionen, die Maßnahmen zu ihrer Vermeidung erfordert hätten.

Umweltpolitik muß deshalb stärker von der reagierenden Handlungsweise wegkommen und zu einer vorausschauenden und vorbeugenden „ökologischen Planung“ führen.

Gerade in unseren urbanen Zentren, dort, wo wir es mit starken menschlichen Einflüssen auf die Umwelt zu tun haben, müssen wir auch dahin kommen, ein Gleichgewicht herzustellen zwischen den Anforderungen an die Natur und den Möglichkeiten der Natur, diese Anforderungen auch zu verkraften.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die ökologischen, die wirtschaftlichen und die sozialen Gegebenheiten unserer Umwelt in starker gradueller Abhängigkeit und gegenseitiger Beeinflussung zueinander stehen.

Jeder gestaltende und korrigierende Eingriff in den einen Bereich, so notwendig er auch erscheinen mag, ist deshalb häufig begleitet von unter Umständen erheblichen Auswirkungen in einem anderen Sektor.

Deshalb wird es zunehmend wesentlich, nach Möglichkeiten und Wegen zu suchen, die ökologischen Grundlagen unseres Daseins zu schützen und dennoch die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen und Prozesse so zu erhalten und zu gestalten, daß sie nicht gegen die Umwelt wirksam werden.

Dazu ist es erforderlich, die Entwicklung einzelner Umweltfaktoren zu prognostizieren, um Gefährdungspotentiale frühzeitig zu erkennen.

Ich erwarte hier vor allem von dem ökologischen Forschungsprogramm - wie es jetzt vom Bundesministerium für Forschung und Technologie aufgelegt worden ist und teilweise in Hannover verwirklicht werden soll - daß es den Städten Instrumente liefert, die ihnen einen solchen vorbeugenden Umweltschutz ermöglichen.

Die Komplexität der von Politik und Gesellschaft zu bewältigenden Aufgaben nimmt in unserer Zeit nicht ab, sondern erheblich zu.

Dennoch meine ich, daß es möglich sein muß, durch Früherkennung bereits bestimmte Probleme erst gar nicht entstehen zu lassen und von vornherein die Maßnahmen und Regelungen zu treffen, die umweltverträgliche, umweltschonende Lösungen beinhalten.

Wir müssen uns alle selbstkritisch eingestehen, daß häufig die von uns getroffenen Entscheidungen auf der politischen wie auch der Verwaltungsebene daran krankten, daß wir zu einseitig geworden sind.

Wir sind heute oftmals zu sehr Fachleute, die sich zwar in ihrem Spezialgebiet auskennen, die aber darüber den Blick auf das Ganze vernachlässigen. Eine Stadt ist aber ein ganzheitliches Gebilde, genauso, wie Natur und Umwelt als Gesamtheit zu begreifen sind. Jede Maßnahme, jede Entscheidung, die auf einen bestimmten Punkt gerichtet ist, zeigt deshalb auch Wirkungen und Ergebnisse auf anderen Gebieten.

Um die Grundlagen für Umweltschutz, für „Stadtökologie“ zu schaffen, müssen wir uns deshalb angewöhnen, bei unseren Entscheidungen stärker in Wirkungsketten und Kreisläufen zu denken, die Vernetzung der einzelnen Bereiche untereinander und miteinander zu betrachten.

Vermeintliche Lösungswege, wie der Bau hoher Schornsteine, um damit Rauchgasprobleme am eigenen Ort zu lösen, und sie lediglich in andere Bereiche zu verlagern, sollten hoffentlich der Vergangenheit angehören. Probleme lassen sich nicht lösen durch das Kurieren an den Symptomen, sondern durch die Behebung der Ursachen.

Ich bin mir bewußt, daß dies nicht einfach zu erreichen ist, weil es dabei, um komplexe und schwierige Zusammenhänge geht, und weil sicher auch in dem einen oder anderen Fall nicht nur Umdenken, sondern das Abstellen und Verändern liebgewordener und eingefahrener Vorgehens- und Verhaltensweisen erforderlich ist.

Gleichwohl müssen wir diese Probleme aufgreifen, und wir müssen dabei zu Lösungen kommen, wenn wir für unsere Kinder und für unsere Enkelkinder eine lebenswerte Umwelt schaffen und erhalten wollen.

(-/11.3.1988/rs/ks)

Sprache und Denken

Was Bonner Staatssekretäre über wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sagen

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Ein Staatssekretär dieser Bundesregierung hat einmal erklärt: „Die Sprache bestimmt das Denken.“ Das ist eine der wenigen richtigen und Denkfähigkeit nachweisenden Sätze, den diese Bundesregierung in der letzten Zeit produziert hat.

Ein anderer Staatssekretär dieser Bundesregierung hat - laut Bundestagsdrucksache 11/1558 Seite 13 - in der Beantwortung einer Anfrage erklärt:

„Das Ehepaar ist bei gleich hohem Einkommen weniger wirtschaftlich leistungsfähig als der Alleinstehende und hat dementsprechend weniger Steuern zu entrichten.“

Erklären wollen hat er damit die erklärbare, aber dennoch unsinnige Tatsache, daß bei der sogenannten Steuerreform Ehepaare und Familien bei gleichem Einkommen weniger steuerliche Entlastung erhalten als ein Alleinstehender, der nur für sich selbst zu sorgen hat.

Erklärt wird diese unsinnige Tatsache, wenn man den ersten zitierten Staatssekretärssatz hinzuzieht. Denn: In dem zweiten zitierten Staatssekretärssatz steckt drin, daß Leistung sich im Einkommen ausdrückt. Wenn also zwei das gleiche verdienen wie einer, leisten sie weniger.

Eine Hausfrau leistet nach dieser Logik gar nichts. Bei einer Politik, die will, daß Leistung sich wieder lohnt, braucht man sie folglich nicht zu berücksichtigen.

Eins muß man der Regierung lassen: Sie handelt nach dieser Logik.

(-/11.3.1988/rs/ks)

\* \* \*